

Butschek, Felix

Article — Digitized Version

Ein Austro-Keynesianismus?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Butschek, Felix (1979) : Ein Austro-Keynesianismus?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 59, Iss. 4, pp. 206-208

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135309>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ein Austro-Keynesianismus?

Felix Butschek, Wien

Österreich ist wohl das einzige Land, an dem die „monetaristische Revolution“ spurlos vorübergegangen und das ein Refugium des Keynesianismus geblieben ist. Wie kommt es zu dieser Dominanz des Keynesianismus in der österreichischen Wirtschaftspolitik? Gibt es einen „Austro-Keynesianismus“?

Anlässlich eines Symposiums „Ist Arbeitslosigkeit unvermeidlich?“, das das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung in Wien veranstaltete und auf dem deutsche und österreichische Nationalökonominnen zu Wort kamen, ergab sich eine eigenartige Situation. Eigenartig nicht deshalb, weil es zu einer Polarisierung der Meinungen kam – das ist schließlich zu erwarten, wenn man Neoklassiker und Keynesianer einander gegenüberstellt, und im übrigen gelangte man zumindest in den wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen zu einer gewissen Übereinstimmung –, sondern eigenartig wegen der völlig homogenen Einstellung, die die österreichischen Gesprächspartner an den Tag legten.

Das Ziel der Veranstalter war es gewesen, einer interessierten österreichischen Öffentlichkeit das ganze Spektrum der in der Bundesrepublik Deutschland vertretenen aktuellen Meinungen zu präsentieren. So vertrat Prof. O. Sievert die Auffassungen des Sachverständigenrates zu diesem Thema, der Prof. H. Gerfin die Antithese des „gemäßigten Keynesianismus“ entgegensetzte. Außerdem referierten Prof. H. König über „Sucharbeitslosigkeit – ein Phänomen der siebziger Jahre“ und Prof. A. E. Ott über „Angebotsreduktion als Mittel der Arbeitsmarktpolitik“.

Erstaunlich blieb die im wesentlichen einheitlich keynesianische Ausrichtung der österreichischen Koreferenten und Diskutanten, obwohl die Veranstalter diese sowohl von den Universitäten als auch von der empirischen Forschung ausgewählt und Wert darauf gelegt hatten, die Redner nach politischen Sympathien gleichmäßig zu verteilen. Damit wurde eine Tatsache manifest, die bis dahin nur im engeren Kreis bekannt war – daß Österreich ein Refugium des Keynesianismus ist.

Das erstaunt deshalb, weil es kaum ein zweites Land gibt, an dem die „monetaristische Revolu-

tion“ spurlos vorübergegangen ist, und sei es auch nur durch eine Wiederbelebung neoklassischen Denkens, und weil doch Österreich – wie es der Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung Prof. H. Seidel ausdrückte – auch zum „Nettoimporteur von Ideen“ geworden ist. Woher also diese Dominanz des Keynesianismus? Woraus erklärt sich diese Situation?

Will man den Ursachen auf die Spur kommen, ist zunächst davon auszugehen, daß in Österreich ein verhältnismäßig enger Kontakt zwischen den Universitäten und der empirischen Forschung besteht. Diese Bindung gibt es bereits seit Jahrzehnten¹⁾. Nun ergibt sich aus dieser Verbindung von Theorie und Praxis vorerst noch kein Hinweis auf die keynesianische Position. Die in der Fußnote zitierten Theoretiker waren in ihrer großen Mehrheit auch alles andere denn Keynesianer.

Im Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung vollzog sich der Umschwung nach dem Zweiten Weltkrieg. Erst mit dem Eintritt des heutigen Leiters wurde Keynesianismus zur Basis der Forschungsarbeit des Hauses. Die Universitäten blieben zunächst noch einer Neoklassik verhaftet, die sich – zu Recht oder zu Unrecht – in der Tradition der Österreichischen Schule der Nationalökonomie sah. Erst in den fünfziger Jahren begann auch hier im Zuge der Generationenablöse die Hinwendung zum Keynesianismus. Die Rückwirkungen der Empirie auf das theoretische Denken der österreichischen Nationalökonominnen stammen freilich erst aus den kumulierten Erfahrungen der Nachkriegszeit. Ein prägendes Ereignis reicht freilich weiter zurück.

Die österreichische Wirtschaftsentwicklung zwischen den beiden Weltkriegen hinterließ einen tiefen Schock. Diese Epoche war seit dem Einbruch der Weltwirtschaftskrise durch permanente Stagnation gekennzeichnet gewesen. Sie brachte den schwersten Rückschlag der österreichischen Wirtschaftsgeschichte überhaupt, der das Land im Durchschnittseinkommen weit von den führenden

Dr. Felix Butschek, 47, gehört der Leitung des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) an. Schwerpunkte seiner Forschungstätigkeit sind der Arbeitsmarkt, die Regionalökonomie und die neuere österreichische Wirtschaftsgeschichte.

¹⁾ Die Gründer des heutigen Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung hießen L. Mises und F. A. Hayek, der letzte Direktor vor dem Zweiten Weltkrieg war O. Morgenstern. Und renommierte Namen, wie G. Haberler, F. Machlup, G. Tintner und A. Wald, finden sich in der Publikationsreihe des Instituts vor 1938. Auch viele der heutigen Ordinarien an den österreichischen Universitäten arbeiteten zeitweilig im Institut, stehen mit ihm in Verbindung oder sind zumindest an empirischer Arbeit interessiert.

europäischen Industriestaaten absetzte. Zwar hatte die Wirtschaftskrise auch andere Länder in ähnlicher Stärke wie Österreich getroffen, vor allem Deutschland. Aber dort gelang es, sich bis zum 2. Weltkrieg aus der Stagnation zu lösen, während Österreich darin verharnte. 1937 gab es noch eine Arbeitslosenrate von 21,7 %. Die Wirtschaftspolitik jener Zeit war strikt auf Zahlungsbilanzausgleich und Geldwertstabilität gerichtet. Ein Ziel, das wohl erreicht wurde, aber um den Preis einer Lähmung der wirtschaftlichen Aktivität.

Auch gab es damals kaum renommierte österreichische NationalökonomInnen, die aufgrund plausibler theoretischer Überlegungen eine alternative Wirtschaftspolitik beantragten. Ganz im Gegensatz etwa zu Deutschland, wo – wie erst jüngst in der Literatur dargelegt wurde – die Präkeynesianer aktiv waren und letztlich auch die Regierungspolitik unter Papen und Schleicher beeinflussten. Daß ihre Überlegungen dann vom nationalsozialistischen Regime weiter und zu einem verwerflichen Zweck verwirklicht wurden, ändert nichts an dem Gewicht ihrer Aktivität und daran, daß in Deutschland eben seit 1932 eine expansive Wirtschaftspolitik betrieben worden war. Zwar verwendeten die Nationalsozialisten nach der Okkupation Österreichs dasselbe Rezept mit womöglich noch größerem Erfolg, aber diese Phase stürmischen Wachstums ist wegen ihrer kurzen Dauer vergessen und kann gewiß nicht der österreichischen Wirtschaftspolitik zugerechnet werden.

Sicherlich ließen die historischen Erinnerungen in der heute mittleren Generation der österreichischen NationalökonomInnen so etwas wie einen „Nachholbedarf an Keynesianismus“ entstehen. Auf der anderen Seite kamen vom Neoliberalismus keine starken Impulse. Man kann zwar schwer abschätzen, welche Wirkung er auf das heutige ökonomische Denken hat, doch liegt der Schluß nahe, daß er dort, wo er dominierte, die Tendenz zur Neoklassik förderte. Nun beeinflusste der Neoliberalismus in Österreich das ökonomische Raisonement nicht in gleichem Maße wie in der Bundesrepublik Deutschland. Zwar fand man nicht nur auf den Universitäten viele Sympathien dafür, und mit Reinhard Kamitz wurde in Österreich ein neoliberaler Finanzminister populär, aber es gab zu dieser Zeit eben auch die große Koalition, und die Sozialisten sowie die ihnen nahestehenden Ökonomen waren Keynesianer. Dadurch erreichte diese Schule nicht jene Vorherrschaft, die sie doch einige Zeit in der Bundesrepublik innehatte, und es ist sicherlich auch nicht zu übersehen, daß eine langjährige sozialistische Regierung das Denken der NationalökonomInnen beeinflusst.

Wesentlich für die österreichische Denkweise waren jedoch auch die Erfahrungen der Nach-

kriegszeit sowie die institutionellen Gegebenheiten in Österreich. Unter diesen Eindrücken entstand eine Position, die man schon mit „Austro-Keynesianismus“ (Seidel) beschrieben hat. Welches sind nun die Charakteristika dieses Austro-Keynesianismus?

Die Nachfragesteuerung hat bestimmte Schwerpunkte. Im allgemeinen wurde in Österreich Nachfrageexpansion nie über den privaten Konsum betrieben. Die Steuersenkung des Jahres 1975 erfolgte nicht zu diesem Zweck, sondern war schon seit längerem aus verteilungspolitischen Erwägungen geplant. Fiskalpolitik wird in Österreich zu meist durch Investitionen der öffentlichen Hand selbst oder durch Investitionsförderung betrieben.

Nebenziel der fiskalpolitisch motivierten Investitionen oder der Investitionsförderung sind Verbesserungen der Wirtschaftsstruktur. (Hier ist allerdings anzumerken, daß die österreichische Wirtschaftsstruktur ebenfalls aus institutionellen Gründen gegen marktinduzierte Änderungen ziemlich resistent ist.)

Die Einkommen werden nicht allein durch den Markt und durch auf diesem separat agierenden Marktparteien determiniert, sondern im Rahmen der sogenannten „Sozialpartnerschaft“. Die Einkommensentwicklung hängt daher in beträchtlichem Maß von den Übereinkünften ab, die zwischen den Organisationen der Unternehmer, der Arbeitnehmer, dem Staat und der Nationalbank getroffen werden. Die Übereinkommen sind teilweise informell, zum Teil kommen sie im Rahmen der „Paritätischen Lohn- und Preiskommission“ zustande, einer Einrichtung, deren Spruch sich die Marktparteien und fast alle größeren Betriebe des Landes freiwillig unterwerfen.

Daraus ergibt sich, daß ökonomische Impulse in Österreich eher Mengen- als Preiseffekte auslösen. (Überdies gehört Mengenerationierung in Österreich zu den akzeptierten Techniken der Wirtschaftspolitik, angefangen von der Emissionskontrolle auf dem Rentenmarkt bis hin zur Vergabe von Förderungsmitteln mit „Warteschlangeneffekten“).

Aus dieser Position des „Austro-Keynesianismus“ wurde in der Krise 1975 eine Wirtschaftspolitik konzipiert, die erheblich von jener in den meisten anderen OECD-Staaten abwich.

Die österreichische Wirtschaftspolitik war nicht bereit, das „Ausschwingen der Konjunktur“ zuzulassen, um durch ein – mäßiges – Wachsen der Arbeitslosigkeit die Inflationsentwicklung zu brechen. Sie setzte daher prompt das keynesianische Instrumentarium durch tatsächliche Passivierung der öffentlichen Haushalte bei Erweiterung der Geldbasis ein. Das „Zwischenhoch“ 1976 veran-

laßte manche Länder, eine Budgetkonsolidierung einzuleiten oder eine solche weiterzutreiben und – entsprechend der monetaristischen Vorstellungen – eine Geldmengenausweitung im Ausmaß des Produktionspotentials vorzugeben. In Österreich dagegen wurden noch Anfang 1976 zusätzliche expansive Maßnahmen im Budget beschlossen, und die Geldmenge zeigte bis Anfang 1977 eine stark expansive Tendenz.

Zur außenwirtschaftlichen Absicherung dieser Politik bediente man sich nicht des traditionellen Instruments der Abwertung, wie es Schweden in der gleichen Situation benutzte, sondern versuchte, über eine Hartwährungspolitik den Preis- und Kostenauftrieb allmählich unter Kontrolle zu bekommen.

Ab 1975 war die Hartwährungspolitik somit nicht mehr das Resultat der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern wurde zum Mittel der Wirtschaftspolitik. Ihr Ziel war es, die österreichische Wirtschaft vom internationalen Inflationsverbund durch Import von „Stabilität“ abzukoppeln, aber auch die Preise zumindest des exportorientierten Sektors auf diese Weise zu senken. Diese Politik der Notenbank sollte durch Aktivitäten der Sozialpartner, in erster Linie natürlich der Gewerkschaften, in der Weise flankiert werden, daß die Tariflohnsteigerungen möglichst rasch unter jene der wichtigsten österreichischen Handelspartner, also vor allem der Bundesrepublik, gedrückt würden.

Die Hartwährungspolitik wirkte rasch auf die Preise, die Kostensteigerungen konnten dagegen erst nach angemessener Zeit unter Kontrolle gebracht werden. Bei den wirtschaftspolitischen Entscheidungen mag es eine Rolle gespielt haben, daß man ab 1976 wieder einen kräftigen Aufschwung erwartete. Mit dem Anspringen der wirtschaftlichen Aktivität im Ausland wurde eine Synchronisation der Kostensteigerungen und eine Verbesserung der Wettbewerbslage im In- und Ausland erwartet. Als diese ausblieb und sich die Zahlungsbilanz verschlechterte, vollzog sich in der

österreichischen Wirtschaftspolitik ein Kurswechsel in der Weise, daß im Rahmen eines Maßnahmenpaketes versucht wurde, vor allem den privaten Verbrauch zu drosseln ohne die Investitionen zu dämpfen. Ende 1978 wurden die Zügel wieder etwas gelockert, aber eben charakteristischerweise im Bereich der Investitionsbegünstigungen. Tatsächlich gelang es, das erweiterte Leistungsbilanzdefizit (einschließlich der statistischen Differenz) von 29 Mrd. S oder 3,5% des BNP 1977 auf 6 Mrd. S oder 0,7% des BNP 1978 zu senken.

Insgesamt nimmt sich das Resultat der Politik des „Austro-Keynesianismus“ recht eindrucksvoll aus. Das reale Wachstum des österreichischen Bruttonationalprodukts übertraf zwischen 1973 und 1978, nach einer stürmischen Wachstumsphase zuvor, mit 2,4% jenes der europäischen OECD-Staaten mit 2,0% und auch das der Bundesrepublik mit 1,8%. Die Inflationsrate konnte bis 1978 auf 3,5% heruntergedrückt werden, und die Zunahme der Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten auf 7%. Über die ganze Periode war es überdies möglich, die Vollbeschäftigung zu erhalten: Die Rate der Arbeitslosigkeit stieg praktisch in keinem Jahr auf über 2% im Vergleich zu einer mehr als doppelt so hohen im OECD-Bereich.

Nun ist das letzte Wort über die österreichische Wirtschaftsentwicklung gewiß noch nicht gesprochen. Probleme vor allem struktureller Art stehen durchaus zur Diskussion. Und es wäre vermessen zu behaupten, die günstige Entwicklung der Wirtschaft und insbesondere des Arbeitsmarktes sei ausschließlich der Wirtschaftspolitik zuzuschreiben. Gerade auf dem Arbeitsmarkt kam es durch eine kräftige Expansion des tertiären Sektors und eine damit verbundene Verlangsamung des Produktivitätswachstums zu einer „Abkoppelung“ von der Wirtschaftsentwicklung. Aber immerhin gestattet der Rückblick auf die österreichische Wirtschaftspolitik, die Charakteristika des „Austro-Keynesianismus“ zu sehen, und zu verstehen, warum Österreich keinen Boden für die neueren Strömungen der ökonomischen Theorie abgibt.

HERAUSGEBER: HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Prof. Dr. Armin Gutowski, Prof. Dr. Wolfgang Michalski, Prof. Dr. Hans-Jürgen Schmah)l

REDAKTION:

Dr. Otto G. Mayer (Chefredakteur), Dr. Klaus Kwasniewski, Dipl.-Vw. Hubert Höping (Stellvertreter), Dipl.-Vw. Claus Hamann, Helga Lange, Dipl.-Vw. Klauspeter Zanzig

Anschrift der Redaktion: 2 Hamburg 36, Neuer Jungfernstieg 21, Tel.: (0 40) 35 62 306/307

HERSTELLUNG UND VERTRIEB:

Verlag Weltarchiv GmbH, Hamburg

Anzeigen: Generalvertretung Dr. Hans Kiemen

Anzeigenpreisliste: Nr. 13 vom 1. 7. 1974

Bezugspreise: Einzelheft: DM 7,50, Jahresabonnement: DM 80,- (Studenten: DM 30,-)

Erscheinungsweise: monatlich

Druck: Otto Schwitzke, Hamburg

Anschrift des Verlages: 2 Hamburg 36, Neuer Jungfernstieg 21, Tel.: (0 40) 35 62 500

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Zeitschrift oder Teile daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) oder auf andere Art zu vervielfältigen. Copyright bei Verlag Weltarchiv GmbH.